A9 Vielfalt und gerechte Repräsentanz

Gremium:	LAG Inklusion und Behindertenpolitik
Beschlussdatum:	10.10.2020
Status:	Zurückgezogen

Antragstext:

Wir Grüne sind offen für alle Menschen unserer Gesellschaft, unabhängig von einer Behinderung, Geschlecht, Herkunft, Alter, sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität. Noch spiegelt sich leider diese Offenheit nicht in der Zusammensetzung unserer grünen Fraktionen in den Parlamenten wider. Ein Beispiel: Jeder 10. Mensch in Deutschland hat eine Behinderung. In der Grünen Bundestagsfraktion mit 67 Menschen ist kein Mensch mit Behinderung bekannt, genauso ist es in der grünen Landtagsfraktion mit 38 Menschen. In den meisten kommunalen Parlamenten sind Menschen mit Behinderungen unterrepräsentiert. Auch bei Menschen mit Migrationshintergrund entspricht die Vertretung in den Parlamenten nicht dem Prozentsatz in unserer aktuellen Gesellschaft.

Das müssen wir ändern.

Daher betrachten wir es als Verpflichtung, bei den kommenden Personalentscheidungen Grüne Vielfalt und Repräsentanz besonders benachteiligter Gruppen mit den folgenden Instrumenten deutlich zu verbessern:

1. Der Landesvorstand und der Landesausschuss werden beauftragt, ein geeignetes Verfahren dafür zu entwickeln, z.B. über die Geschäftsordnung für die Aufstellung der Landesliste, dass unter den ersten 10 Plätzen die Wahl jeweils mindestens eine Person mit Behinderung, mindestens eine mit Queerhintergrund und mindestens eine mit Migrations- bzw. Rassismuserfahrung/People of Color vorgesehen wird. Das Frauenstatut bleibt dabei selbstverständlich bestehen.

Die LAG Migration wird dabei einbezogen. Sie kann definieren, nach welchen Kriterien jemand für die Migrations-Quote ausgewählt wird.

2. Der Landesvorstand und der Landesausschuss werden beauftragt ein Bayerisches Vielfaltsstatut zu entwickeln. Mit diesem Instrument wollen wir in allen Gliederungen Vielfalt realisieren.

3. Der Landesvorstand bereitet in Anlehnung an die Bundespartei die Einrichtung eines bayerischen Diversitätsrats vor, der Themen der Diversitätspolitik diskutiert und die Schaffung inklusiver Strukturen vorantreibt. Sie legen dem kleinen Parteitag oder spätestens der nächsten ordentlichen Landesversammlung ein Konzept für einen Diversitätsrat vor.

Vielen Dank!

Begründung

Begründung:

Wenn wir diesem Antrag zustimmen, bleiben wir in unserem Wunsch glaubwürdig, alle gesellschaftlichen Gruppen an dem politischen Prozess beteiligen zu wollen. Gerade für die Bundestagswahl ist das besonders wichtig, da im Bundestag Gesetze verabschiedet werden, die gerade von Diskriminierung betroffene Gruppen betreffen; zum Beispiel beim Bundesteilhabegesetz, das regelt wie Menschen mit Behinderungen am täglichen Leben selbstbestimmt teilhaben können. Im Bundestag werden auch Gesetze aus dem Asylrecht verabschiedet, die darüber bestimmen, ob jemand im Deutschland bleiben darf oder zurück in ein Krisengebiet muss.

Die kompetentesten und leidenschaftlichsten Fürsprecher*innen für eine Gruppe von Betroffenen sind Betroffene selbst. Daher ist es wichtig, dass Vertreter*innen der diskriminierten Gruppen die Chance bekommen, im Bundestag mitzubestimmen und ihre Rechte einzufordern. Darüber hinaus sind Abgeordnete von diskriminierten Gruppen die unübersehbaren Beweise, dass es diese Gruppen in unserer Gesellschaft gibt und das sie gehört werden müssen. Sie sind auch ein wichtiges Vorbild für junge Menschen aus diesen Gruppen, die dann lernen, dass sich Engagement lohnt, um zu seinem Recht zu kommen.

Wir alle wissen, dass es verbindliche Verpflichtungen braucht, wenn wir echte Chancengerechtigkeit herstellen wollen. Das beste Beispiel dafür ist unser wichtiges Frauenstatut. Dieser Antrag knüpft daran an.

Als Kriterium für eine Behinderung soll ein unbefristeter Schwerbehindertenausweis mit einem Grad der Behinderung von mindestens 50 % gelten.

Unterstützer*innen

Michael Gerr (KV Würzburg-Stadt), Katharina Sparrer (KV Ansbach), Uwe Linke (KV München-Land), Cornelia Ermeier (KV Erding), Frank Dürsch (KV München), Peter Brückner (KV Würzburg-Land), Jeanne Emilia Riedel (KV München), Christian Rötzer (KV München), Helene Sigloch (KV Regensburg-Stadt)